



Kiel, 29. Juni 2016

Nr. 165 /2016

Beate Raudies:

„Aufklärung“ nach Piratenart: Vorwürfe erheben, aber Nachweise verweigern

Zum Bericht des Innenministers über Vorwürfe gegen Polizeischüler der heutigen Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses erklärt Beate Raudies, MdL:

Das Verhalten des Abgeordneten Dr. Patrick Breyer in der heutigen Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses des Landtages gibt einen tiefen Einblick in das krude Rechtsstaatsverständnis des selbsternannten Oberaufklärers gegen Missstände aller Art.

In dem Vorgang um Vorwürfe gegen Eutiner Polizeischüler wegen des Verdachts, Mitschülerinnen durch sexistische Mails belästigt zu und sich fremdenfeindlich und rassistisch geäußert zu haben, wirft Dr. Breyer den verantwortlichen Stellen in der Landespolizei und im Innenministerium Versagen und Vertuschen vor, verweigert selbst aber hartnäckig die Herausgabe von Unterlagen, die nach seinen eigenen Angaben zur Aufklärung dieses Sachverhaltes beitragen könnten. Die von Ihm geforderte Einleitung von Disziplinarverfahren gegen die Polizeianwärter erfordert aber Nachweise über erhebliche Dienstpflichtverletzungen.

Der bloße Verdacht und Behauptungen mögen auf einem Piratenschiff ausreichen, um jemanden über die Planke zu schicken, in einem Rechtsstaat braucht man Fakten und Beweise für Disziplinar- und Strafmaßnahmen, insbesondere dann, wenn es um so schwerwiegende Folgen für die berufliche Zukunft junger Menschen geht.

Wir dulden keine rassistischen, fremdenfeindlichen und sexistischen Einstellungen in der Polizei. In jedem Fall muss den Betroffenen jedoch ein rechtsstaatliches Verfahren gewährleistet werden.

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Petra Bräutigam

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de

Der lockere Umgang mit Grundrechten und Unschuldsvermutung seitens des Dr. Breyer passt eher auf die „Bounty“ als in ein Landesparlament.